

Fasnachtsschlägerei: Jetzt sprechen die „Freaks“



Noch immer wird der fasnächtliche Minarettwagen und die anschließende Massenschlägerei in Langenthal ([PI berichtete](#)) in den Schweizer Medien heftig diskutiert. Vor allem die Frage, von wem der Streit zwischen einer Gruppe junger Dachdecker aus der Region und 20 jugendlichen Ausländern ausging, steht im Raum. Ein Ausländer sagte der *Berner Zeitung*, die Dachdecker wollten bewusst prügeln und seien mit Schlagringen bewaffnet gewesen. Alles gelogen, meinen die Dachdecker gegenüber PI.

Hier das Statement der Dachdecker Simon, David und Manuel:

Guten Abend PI-Community,

ich schreibe euch heute Abend, was wirklich passiert ist an jenem Tag und wie es zu 100% stimmt. Ausschlaggebend, dass ich hier die offiziellen Ereignisse bekannt gebe, ist, dass die [Berner Zeitung](#) schreibt, was sie hört und es dann auch dementsprechend veröffentlicht.

Wie auch immer: Der „Minarett-Wagen“, wie er im Moment genannt wird, entstand aus der SVA (Selbstvertiefungs-Arbeit), was benötigt wird für die Lehrabschlussprüfung für Dachdecker dieses Jahres. Wir drei (alle 18 Jahre alt)

wählten uns das Thema Fasnachtswagen und nahmen mit der Minarett-Initiative ein aktuelles politisches Thema auf, was in dieser Zeit gerade aktuell war in der Schweiz.

Wir haben innerhalb von drei Wochen diesen Wagen hergestellt und zogen so an die Fasnacht. Mit uns einige Kollegen und Kolleginnen wie auch ein paar andere Dachdecker. Als der Umzug um 14:15 Uhr in Langenthal begann, wurden wir auch gleich zu Anfang von einer Gruppe junger Ausländer mit Schneebällen und Steinen beworfen, wir hatten aber weder auf die Gesten reagiert noch beleidigt. Der Verlauf der Fasnacht war nach diesem kurzen Zwischenfall normal und ruhig abgelaufen. Als wir zu dem Ort gingen, wo der Wagen abgeprotzt werden konnte, sahen wir schon aus einiger Entfernung eine Gruppe junger Ausländer (ca. 20 Jugendliche alle unter 20 Jahre alt) auf uns zulaufen.

Eine Kollegin von uns rief zu diesem Zeitpunkt gleich die Polizei an, da sie wohl ahnte, dass was passieren könnte. Wir drei Dachdecker, ein weiterer und fünf andere Kollegen, formierten uns vor dem Wagen. Sie haben uns angeschnauzt und beleidigt. Dann gings eigentlich ganz schnell. Plötzlich bekam ein Dachdeckerkollege von uns eine Faust ins Gesicht, der ihm aber gleich eine zurücksetzte. Ergebnis: Kollege eine kleine Schramme am Mund und der andere wohl eine gebrochene Nase nach meiner Information. Dann gings sehr schnell, denn sowas lassen wir uns nicht gefallen und so gab es eine kurze, aber heftige Prügelei, die die Gegenseite schon nach kurzer Zeit beendete, um Verstärkung zu holen. Schon nach ein paar Sekunden kamen sie erneut auf uns zu, diesmal mit Holzplatten und Schlagringen bewaffnet. Zum Glück rückte gerade zu dieser Zeit die Polizei an und sie rannten weg wie junge Gemsen. Das wars dann auch schon.

Bilanz von ihnen: Zwei gebrochene Nasen und sicher ein paar andere Beschwerden – bei uns eigentlich nur eine offene Lippe. Traurig an der ganzen Geschichte ist, dass ein paar Schweizer lieber die Version hören wollen, dass wir die

Schuldigen sind und nicht sie. Aber an alle, die sowas denken: ihr habt keine Ahnung, ihr wisst nicht, was tagtäglich in Discos abläuft mit diesen Ausländern. Wir wissen nur: so kann es nicht weitergehen...

Grezz Dachdecker SVA Team

Simon, David und Manuel

» Berner Zeitung: [Fasnachts-Schlägerei wirft Wellen bis nach Deutschland](#)



Zentralrat der Ex-Muslime in Wien



Am kommenden Freitag wird in Wien der österreichische Zentralrat der Ex-Muslime gegründet, der vor allem in Vorarlberg wirken wird. Der 30-jährige Cahit Kaya (*Foto*), der

voraussichtlich den Vorsitz übernehmen wird, nimmt im Interview kein Blatt vor den Mund und spricht viele Wahrheiten aus, die manchem islamophilen Multikulti-Träumer garnicht schmecken werden.

[Vorarlberg-online](#) führte das Gespräch:

Cahit Kaya: Die Behauptung, „der Islam“, der eine homogene Gemeinschaft bildet, den gäbe es nicht, stimmt nur begrenzt. Richtig hingegen ist, der heutige Islam wird von radikalen Gruppierungen aus dem arabischen und türkischen Raum mit enormen finanziellen Mitteln beeinflusst. Mit einer von großer Ablehnung „dem Westen“ gegenüber gesteuerten Ideologie verbreiten sie diesen. Der ideologische Arm der radikalen Muslime reicht nach Europa. Als „Insider“ sind uns die Probleme leider bestens bekannt. Wir wollen für jene sprechen, die es aus vielen Gründen nicht dürfen. Egal ob Österreicher oder Menschen aus islamisch geprägten Ländern. Sie fürchten eine Ächtung, die im schlimmsten Fall lebensbedrohlich enden kann.

WANN & WO: Wie setzt sich der Zentralrat der Ex- Muslime zusammen? Was wollen Sie erreichen?

Cahit Kaya: Aus dem harten Kern des Vorstandes und vielen Einzelpersonen, die unser Anliegen unterstützen. Bereits vor der Gründung erhalten wir viele Sympathiebekundungen. Besonders erfreulich sind die Glückwünsche von laizistischen Muslimen, aber auch von vielen Österreichern. Was wir nicht sein wollen ist eine reine „Migrantenpartei“, wie sie in den letzten Jahren immer wieder zu Wahlen in Österreich angetreten sind. Zuletzt in Vorarlberg. Von streng gläubigen Muslimen angeführte Listen, die jenseits aller Probleme der hier lebenden Migranten Wahlkampf betrieben hatten. Damit scheiterten sie völlig. Sie erheben den Anspruch, die offizielle Vertretung aller hier lebender Muslime zu sein. Die wahlberechtigten Migranten sahen es wohl anders. Das freut mich.

WANN & WO: Bei welchen Problemen können Sie weiterhelfen?

Cahit Kaya: Wir wollen in Alltagsproblemen vermitteln. Viele sind einem steten psychischen Druck ausgesetzt. Ihnen wird ein Leben aufgezwungen, welches mit den Problemstellungen hier nicht zu vereinbaren ist. Besonders Kinder drohen daran zu zerreißen. Diesen Menschen reichen wir die Hand. Besonders bei Zwangsheirat, Ehrenmorden, Steinigungen, Genitalverstümmelung der Frauen und ähnlichen Handlungen fernab jedes demokratischen Verständnisses, wollen wir aktiv werden. Innerhalb der islamischen Denkstrukturen sind diese Dinge noch sehr aktuell. Im Islam ist es ein Tabu, diesbezüglich Hilfe zu suchen. Das Bewusstsein, dass diese Dinge nicht einfach hingenommen werden müssen, fehlt vielen Menschen, die mit den Denkweisen islamischer Länder aufgewachsen sind. Fälschlicherweise glauben sie, es sei ihre Kultur. Hier planen wir Anlaufstellen mit geschultem Personal in beratender Funktion. Langfristig wollen wir eine Bewusstseinsänderung erreichen.

WANN & WO: Wie werden Sie in Vorarlberg aktiv werden?

Cahit Kaya: Es sind einige sehr bedenkliche Moscheevereine aktiv, die massiv unter den Jugendlichen missionieren und äußerst rassistische und antisemitische Ideologien verbreiten. Mit Demokratie hat dies nichts mehr zu tun. In diesen Clubs wird u.a. der Hass auf „den Westen“ geschürt und eine von Türken angeführte islamische Herrenreligion propagiert. Integration wird völlig abgelehnt und aktiv bekämpft. Diese Leute ziehen alle Migranten ganz bewusst durch den Dreck. Denn frustrierte Migranten sind eine leichte Beute, um diese in die eigene Ideologie einzugliedern. Parallelgesellschaften sind ein idealer Nährboden, neue Mitglieder für ihre Vereine zu rekrutieren und eine „Parallelwirtschaft“ aufzubauen, von welcher wohlhabende Muslime profitieren. Der Aufbau einer Parallelgesellschaft mit dem Ziel einer islamischen Identität und Zusammenhaltsgefühl mit gleichzeitiger Abgrenzung zur

Vorarl berger Mehrheitsgesellschaft hat hauptsächlich wirtschaftliche Gründe. Was als „Kulturzentren“ ausgegeben wird, ist nicht selten ein einziger Bazar. Sie protestieren gegen den westlichen Kapitalismus, um ne benbei Geld in ihren Vereinen zu machen.

WANN & WO: Was ist Ihre Ambition den Vorsitz zu übernehmen?

Cahit Kaya: Mir ging es primär darum, diese kritische Gegenbewegung in Österreich aufzubauen. Die Ex- Muslime sind notwendig, um die längst überfällige, aufklärerische Bewegung innerhalb eines Islams voranzutreiben. Viele hier lebende Muslime sind bereits Ex- Muslime, ohne es zu wissen. Ihre Lebensweisen haben mit dem von streng Gläubigen gepredigten Islam nicht mehr viel zu tun. Niemand soll seine Identität leugnen müssen. Aber wer sich dafür schämt, sollte sich überlegen woran das liegt.

WANN & WO: Wie erlebten Sie Ihren Austritt aus dem Islam?

Cahit Kaya: Es war ein fließender Übergang. Der Beginn ist der Zeitpunkt, an dem man sich kritisch mit dem Islam auseinandersetzt und all die Widersprüche erkennt. Offiziell gibt es die Option eines Austrittes im Islam nicht. Apostasie wird in vielen Ländern noch immer mit dem Tod bestraft. Dieses Tabu muss durchbrochen werden. Wir wollen niemandem den Gottesglauben nehmen. Aber man sollte sich kritisch mit jenen Ideo logien auseinandersetzen, die einen prägten. Wir zeigen, ein Austritt ist möglich. Auch ohne den Segen eines islamischen Verbandes schlafe ich sehr gut.

WANN & WO: Welche Folgen hatte es für Sie persönlich?

Cahit Kaya: Ein Schritt Richtung Freiheit. Ich muss mich nicht ständig für die Untaten radikaler Muslime rechtfertigen. Denn ich bin ein Ex- Muslim. Und ich bekenne mich klar und kompromisslos zu Errungenschaften moderner Demokratien. Ich liebe die Freiheiten, die ich nur hier ausleben kann.

Hoffen wir, dass die mutige Initiative der österreichischen Ex-Muslime viel Unterstützung von den bürgerlichen Demokraten Österreichs erhält – als Beitrag und Beispiel echter gelungener Integration. PI wird gerne über Erfolge der Aufklärung über die wahre Natur des Islam im Nachbarland berichten.

(Spürnase: Isa)

Margot Käßmann legt auch Bischofsamt nieder

✘ Käßmann tritt nicht nur wie angekündigt als Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland zurück ([PI berichtete](#)), sie legt auch mit sofortiger Wirkung ihr Amt als Landesbischöfin von Hannover nieder. In Zukunft will sie wieder dahin zurück, wo sie einst begann und als einfache Pastorin in der evangelischen Landeskirche arbeiten.

[Die Welt berichtet:](#)

Mit Bedauern reagierte Günther Beckstein, Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und ehemaliger bayerischer Ministerpräsident. „Es ist ihre Entscheidung, die ich respektiere“, sagte Beckstein.

„Von mir aus hätte sie bleiben können“, fügte Beckstein an. Nach evangelischem Amtsverständnis sei ein Bischof oder eine Bischöfin auch nur ein fehlsamer Mensch. Verfehlungen führten nicht automatisch zu einem Amtsverzicht. Auch wenn eine Trunkenheitsfahrt mit 1,5 Promille natürlich keine Kleinigkeit sei.

Beckstein erinnerte daran, dass Käßmann im Unterschied zu ihrem Vorgänger Wolfgang Huber, der ein disziplinierter Intellektueller gewesen sei, stets eine „tiefe Menschlichkeit“ habe durchblicken lassen. Beckstein: „Käßmann hat ergreifende Predigten gehalten“.

Beckstein schätzt, dass der 14-köpfige Rat der evangelischen Kirche demnächst eine andere Persönlichkeit in den Ratsvorsitz wählen werde. Eine Alternative wäre, bis Oktober abzuwarten, wenn die nächste Synode tagt. ...

1999 war Käßmann als Bischöfin der hannoverschen Landeskirche eingeführt worden, mit knapp drei Millionen Mitgliedern die größte in Deutschland. Die Theologin war zuvor Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags und hatte sich in den 80er Jahren im Ökumenischen Rat der Kirchen profiliert.

Was den Ratsvorsitz der EKD anbelangt sind wir schon jetzt auf die nächste „Persönlichkeit an der Spitze“ gespannt.

Skandal TV-Bericht: „Kauft nicht von Israel“



In einem Bericht der im Schweizer Fernsehen

ausgestrahlten Sendung „Kassensturz“ wurde dermaßen heftige „Israelkritik“ (a.k.a. Antisemitismus) betrieben, dass besorgte Bürger eine Petition gegen diese Art der Anti-Israel-Hetze ins Netz gestellt haben. Der Bericht des „Kassensturz“ vermittelt den Eindruck, als wäre Israel ein krimineller Staat von Sklaventreibern, der völkerrechtswidrig Gebiete besetzt und dessen Produkte die Verbraucher nicht kaufen sollten.

Den Kassensturzbericht sehen Sie hier:

[Kassensturz vom 22.12.2009](#)

Argumente gegen den Bericht:

Wir appellieren an Sie in Zukunft gebührend zu berücksichtigen, dass

– der Staat Israel trotz dem Teilungsplan der UNO vom 29.9.1947 und der Aufnahme in die UNO vom 14.5.1949 bis heute um die reine Existenz zu kämpfen hat, nämlich seit seine Nachbarn 1948 einen Angriffskrieg auslösten, während Jahrzehnten gefolgt von periodisch ausgelösten kriegerischen Angriffen, planmäßigen Terrorhandlungen und feindseligen Propaganda-Feldzügen, den nationalsozialistischen Judenhass weiterführend.

– die Besetzung der Westbank und von Gaza lediglich die Folge von arabischen Kriegsangriffen ist, wobei die Besetzung von Gaza durch eine freiwillige und bedingungslose Aktion inzwischen vollständig aufgehoben wurde.

– Israels „Grenzen“ nur Waffenstillstands-Linien sind, die wie überall, lediglich die Positionen der feindlichen Kräfte am Tage der Einstellung der kriegerischen Aktionen festhalten und daher keinerlei Rücksicht auf topographische, wirtschaftliche oder andere Bedürfnisse nehmen, wie etwa diejenigen der direkt angrenzenden Anwohner.

– endgültige Grenzen gar nie vereinbart werden konnten, weil

das Existenzrecht Israels während nunmehr 62 Jahren von arabischen und heute auch von iranischen Machthabern abgelehnt wird und daher Verhandlungen weder zu einem Friedensvertrag, noch zu einem geregelten Provisorium führen konnten.

– es als Alternative zu den bisher gescheiterten politischen Friedensbemühungen mannigfaltige konstruktive Bestrebungen gibt, um bestehende und neue Beziehungen zwischen allen Bevölkerungszweigen des Nahen Ostens zu fördern, sei es durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, gemeinsamen Anlässen für Sport, Kultur u.a.m., um Schritt für Schritt Fortschritte im Zusammenleben zu erreichen.

– Aufrufe zu Boykotten von Waren aus der Westbank und Israel kontraproduktive Resultate bewirken, weil sie jenen wesentlichen Teilen der arabischen Bevölkerung erheblichen Schaden durch erzeugte Arbeitslosigkeit zufügen können, die in von Israelis geschaffenen Industrien ihr Einkommen erarbeiten.

– die am 14. Mai 1948 unterzeichnete Unabhängigkeitserklärung Israels beurkundet „Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammen zu arbeiten. Der Staat Israel ist bereit seinen Anteil beizutragen an der gemeinsamen Anstrengung den ganzen vorderen Orient zu entwickeln.“

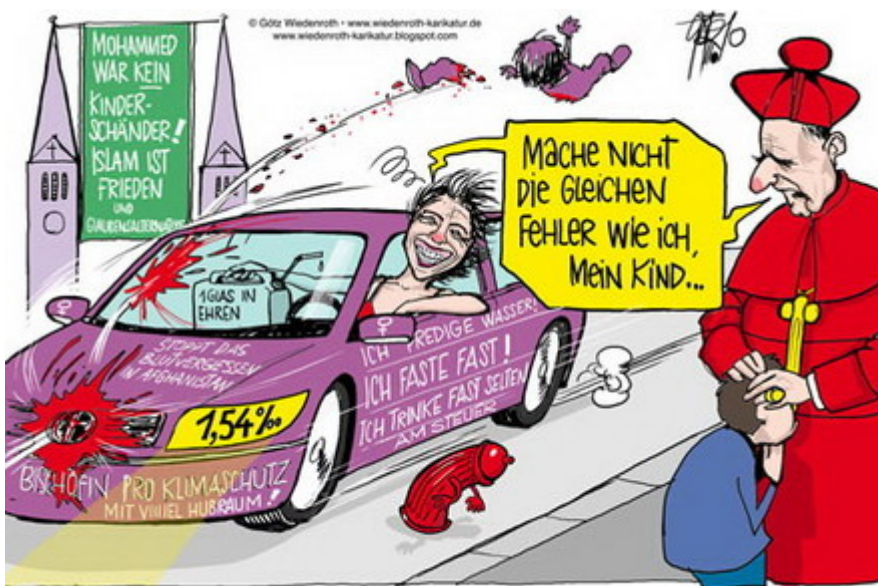
– Ihr Korrespondent André Marty nicht nur im Schweizer Fernsehen, sondern auch in seinen eigenen Internet-Veröffentlichungen seine völlige einseitige, unausgewogene Einstellung zur Existenz und dem Handeln Israels andauernd beweist und sich somit nicht an die Regeln des Schweizer Presserates hält, sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten zu lassen die Wahrheit zu erfahren, sich bei der Interpretation und der Kommentierung vom Prinzip der Fairness leiten zu

lassen und keine wichtigen Elemente von Informationen zu unterschlagen.

Die Petition können Sie [hier unterschreiben](#).

(Spürnase: Ricola)

Käßmann tritt von Spitze der EKD zurück



Kirchlich-bischöfliche moralische Rechtleitung auf allen Wegen

Die Alkoholfahrt in der Fastenzeit hat die Karriere der ersten Frau an der Spitze der evangelischen Kirche in Deutschland beendet. Noch heute Nachmittag wird sie ihren Rücktritt als EKD-Chefin erklären.

Der [Focus berichtet](#) voller Trauer um die „telegene und eloquente protestantische Frontfrau“:

Käßmann wurde bereits als Hannoversche Bischöfin von konservativen Kreisen misstrauisch beäugt: zu links, zu forsch, zu unkonventionell. Dabei sah sie sich nicht nur als

Lautsprecherin der protestantischen Gesinnung in den Medien, sondern auch als Theologin und als tiefgläubige Kirchenfrau. Die Bücher, die sie veröffentlicht hat, drehten sich um Spiritualität und Glaube. Um Kinder- und Jugendandachten zum Beispiel, um die Zehn Gebote, um Mutterfiguren in der Bibel, um Gedanken zum Kreuzweg Jesu. Einmischung in politische Fragen sieht anders aus.

Die [Einmischung in den Afghanistan-Einsatz](#) der Bundeswehr hat dann wohl auch nichts mit Politik zu tun... Focus geht sogar soweit, das Fehlverhalten der Bischöfin mit Petrus zu entschuldigen. Dennoch hat sich Käßmann nach eigener Definition als „verantwortungslos“ erwiesen, denn genau so hatte sie andere Trunkene am Steuer selbst bezeichnet:

Auch Petrus, den Jesus Christus laut Evangelium zum „Fels“ ernannte, auf dem er seine Kirche gründen wollte, war fehlbar. Er, der kurz vor Jesu Tod verheimlichen wollte, zu dessen Jüngern zu gehören. „Ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verraten haben“, hatte ihm Jesus vorausgesagt.

Die Versuchung lauert überall. Ein paar Gläser zuviel, das kann passieren. Aber stark betrunken Auto zu fahren, beschädigt die Glaubwürdigkeit der Bischöfin. Kritisierete sie doch selbst 2007 in einer Publikation des TÜV Nord „mangelndes Verantwortungsbewusstsein“ von Fahrern, „insbesondere wenn Alkohol und Drogen im Spiel sind“. Käßmann erwies sich also in ihrer eigenen Terminologie als verantwortungslos sich selbst und ihren Mitmenschen gegenüber. Es ist ein Skandal, der die Biographie der Bischöfin nachhaltig verändern wird. Man kann sein Scheitern auch selbst provozieren.

» [Chefmixer.de: Im VW-Phaeton mit zuviel Messwein im Blut](#)

(Karikatur: [Wiedenroth](#). Spürnase: Antivirus)



Sendling: PI war dabei



Wenn der Münchner Oberbürgermeister Ude heute schlechte Laune hat und sogar [seinen Freund Erdogan verdammt](#), während das Volk feiert, möchte PI ausnahmsweise einmal seine sprichwörtliche Bescheidenheit vergessen und daran erinnern, wie alles anfing. Denn der Fall des gescheiterten Moscheeprojektes von München ([PI berichtete gestern](#)) begann zu einer Zeit, als PI gerade 2.000 tägliche Besucher zählte – und sich schon für die betroffenen Bürger engagierte.

Am 24. März 2006, um 15 Uhr 24, erschien der erste Bericht über Sendling auf unserem Blog – damals noch ohne Werbung und im schlichten Design von Myblog. OB Ude hatte gerade bekannt gegeben, sich nicht an das Ergebnis einer Bürgerabstimmung gegen das Moscheeprojekt halten zu wollen. [PI berichtete](#) unter dem Titel „*Ich bin das Volk! Münchens Bürgermeister Ude ignoriert Bürgerversammlung*“:

Der Bau der neuen Münchner Zentral-Moschee ist Chefsache für den OB von München Christian Ude. Die Tatsache, dass sein [Wahlvolk die Moschee nicht will](#), stört ihn dabei nicht im geringsten.

Der Bürgermeister ist so begeistert von seinem Plan, dass er es sich nicht nehmen ließ, den Siegerentwurf für die neue Moschee in Sendling selbst zu präsentieren.

Das gestern präsentierte Modell ist kaum geeignet, die Befürchtungen vieler Sendlinger zu entkräften: Die Fassade, die sich doch nach allen gemachten Versprechungen in die Bebauung des Gotzinger Platzes „einfügen“ sollte, wirkt wie ein massiver Fremdkörper; die Minarette überragen mit einer Höhe von 41 Metern die bisherigen Planungen bei weitem. Der Charakter des Viertels wird so in Frage gestellt.

*Ude betreibt in Sendling, was er anderen sonst so gerne vorwirft: Politik über die Köpfe der Menschen hinweg. Als eine Bürgerversammlung trotz aller Bemühungen, die Präsenz türkischer Bürger im Saal zu erhöhen, ein ablehnendes Votum für die Moschee ergab, erklärte Ude kurzerhand: „**Das erstaunlich knappe Ergebnis einer einzigen Bürgerversammlung kann nicht mehr wiegen als das Wort beider Kirchen, die Beschlüsse des Bezirksausschusses und das Recht der hier lebenden Muslime, ihren Glauben auszuüben.**“ Das ist Politik nach dem Motto: Wäre ja noch schöner, wenn man die Betroffenen mitregieren ließe. Schon klar: Viele aus der rot-grünen Stadtratsriege wohnen selbst in nobleren Vierteln.*

Die Ängste der Bevölkerung vor einem verstärkten Zuzug von Muslimen und damit einhergehender Überfremdung einfach zu ignorieren, wird zu einem friedlichen Miteinander sicherlich nicht beitragen. Bleibt zu hoffen, dass Ude bei den nächsten Wahlen die Quittung bekommt, damit er lernt, dass das Volk noch andere sind.

Hätte der tumbe Oberbürgermeister damals, vor vier Jahren, auf sein Volk gehört – oder PI gelesen, wäre Schaden von der Stadt abgewendet worden. Dabei geht es nicht nur um eine halbe Million Euro. Schwerer wiegt der Verlust an Vertrauen in die Demokratie, den die Islamisierung nach Gutsherrenart bei vielen Bürgern bewirkt hat. Besonders schwere Schuld laden dabei immer wieder Medien auf sich, die die sich erfolgreich

gegen den Moscheebau wehrenden Bürger wie die in Sendling tätigen „[Bürger für München](#)“ immer wieder in die „rechte Ecke“ zu drängen versuchen und damit bei manchem ernste Zweifel am Gesundheitszustand unserer Demokratie erst auslösen.

Tochter mit 68 Messerstichen im Schlaf ermordet



Der Schweinfurer Dönerbudenbesitzer, der, [wie berichtet](#) die eigene schlafende Tochter mit 68 Messerstichen abschlachtete, weil sie „dem muslimischen Weg“ nicht folgen wollte, steht jetzt vor Gericht. Selbstverständlich handelte er irrtümlich. Er dachte, die (schlafende) Tochter wäre ein Einbrecher.

Man kennt das ja von Einbrechern. Die legen sich ja immer aufs Sofa und schlafen. Die WELT [schreibt](#):

Die Brutalität des Verbrechens an der jungen Türkin Büsra aus Schweinfurt ist kaum vorstellbar. 68 Mal soll der eigene Vater mit einem 30 Zentimeter langen Fleischmesser auf die Jugendliche eingestochen haben. Blutüberströmt wird die 15-Jährige in der Tatnacht im vergangenen 2009 auf dem Sofa ihrer Oma gefunden. Der mutmaßliche Täter verschwindet, sagt später bei seiner Festnahme, seine Tochter wollte den

„muslimischen Weg“ nicht mitgehen.

Was er meint, erklärt der 46 Jahre alte Angeklagte Mehmet Ö. zu Prozessbeginn vor dem Landgericht Schweinfurt zunächst nicht. Vielmehr habe sein Kind in der Tatnacht geschrien, er habe einen Einbrecher vermutet. Dann folgten die Stiche – mehr weiß der Mann nach eigenen Aussagen nicht mehr. Oberstaatsanwalt Rainer Gündert dagegen ist überzeugt: „Der Angeklagte war mit dem modernen Lebensstil seiner Tochter nicht einverstanden.“ Büsra habe sterben müssen, weil der Vater die Familienehre in Gefahr gesehen habe.

Der hat vor allem Mitleid mit sich selbst.

Er spricht türkisch, ein Dolmetscher übersetzt. Der Kaufmann lebt seit 1991 in Deutschland. Er erzählt von seinem strengen Vater, von Autorität, seinen Depressionen. Am Tattag sei er verwirrt gewesen.

Na dann... klarer Fall von Verbotsirrtum.

Ökologen klagen gegen Hochspannungsleitung



Die Ökovereinigung »BUND« lähmt den Justizapparat mittlerweile mit drei Klagen gegen ein- und dasselbe Bauvorhaben (Foto r.: BUND-

Geschäftsleiter Dirk Jansen und Landesgeschäftsführer Paul Kröfges). Mit dem jüngsten Wehgeschrei idealisiert sich der illustere BUND zum Advokat eines Uhu-Pärchens, das unweit einer geplanten Hochspannungsleitung nisten soll.

(Von Glaubensspinner)

Ganze 1,4 Milliarden Euro investierte die Trianel GmbH zusammen mit 30 Stadtwerken am Standort Lünen. Mit dem Geld wird derzeit eines der modernsten Kohlekraftwerke der Republik gebaut, um die Grundlastfähigkeit des deutschen Stromnetzes weiterhin zu gewährleisten. Gemäß einer Studie des Forschungsinstitutes EEFA sichert die Baustelle bis zur geplanten Fertigstellung im Jahr 2012 [jährlich 4440 Arbeitsplätze](#). Dauerhaft sollen immerhin 450 Stellen im Kraftwerk entstehen.

Nicht vor meiner Haustür

Dessen ungeachtet ist der Widerstand gegen das Kraftwerk ungebrochen. Dabei liegt der Spatenstich mittlerweile eineinhalb Jahre zurück. Zu den Hauptagitatoren zählen die Parteien GFL und Grüne sowie der offensichtlich grünennahe Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Gemeinsam für Lünen, kurz GFL, hatte sich im Jahr 2007 eigens als Anti-Kraftwerkspartei gegründet. Mit plumper Propaganda gegen das neue Werk erreichte die profane »Nicht-vor-meiner-Haustür«-Partei bei den letzten Kommunalwahlen 13,1 Prozentpunkte. Ähnlich wie die linkskriminelle, mehrfach umbenannte SED scheint die Bürgerfront über eine Gelddruckmaschine zu verfügen. Die Partei bezieht eindeutig wirtschaftsfeindliche Positionen, propagiert aber gleichzeitig, mehr Geld für die Bürger ausgeben zu wollen. Als Hauptargumente gegen das Kraftwerk nennt die GFL den Klimawandel und eine angebliche Schadstoffbelastung. Schenkt man dagegen Anwohnern Glauben, fahren Vertreter der vorgeblichen Klimaschutzpartei ihre Treffen mit besonders schweren Straßenkreuzern an, die für ihren CO₂-Ausstoß berüchtigt sind.

Sternensinger instrumentalisiert

Den Höhepunkt erreichte die Stimmungsmache gegen das Kraftwerk vergangenen Monat. Trianel hatte beim »Kindermissionswerk Sternsinger« angefragt, ob ein Sternensingerbesuch der Baustelle samt Arbeitersegnung am Dreikönigstag möglich sei. Obwohl eine Zusage erfolgte, [blieb der Besuch aus](#). Empörte Anrufer sollen sich bei der katholischen Kirche beschwert haben, sodass sich die Gemeinde schließlich gezwungen sah, eine Absage zu erteilen. Einer der Intervenierenden: Dr. Matthias Laarmann, Mitglied im Verwaltungsausschuss der Großgemeinde St. Marien und Mitglied der GFL. Den Ruhrnachrichten gegenüber sagte er: „Die katholische Kirche hält traditionsgemäß Neutralität ein. Es ist wichtig, diesen Anspruch zu wahren. Pfarrer Bronstert hat deshalb richtig entschieden. Die Absage bedeute aber keineswegs, dass sich die katholische Kirche damit auf die Seite der Kraftwerks-Kritiker schlägt.« In einer [offiziellen Verlautbarung](#) behauptet die Partei zudem, die Segnung von Industriebetrieben grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings wäre dies, so die Mitteilung, im konkreten Fall werbewirksam ausgeschlachtet worden. Was es bei einem längst durchgeboxten Beschluss noch zu bewerben geben soll, verschweigt die Botschaft huldvoll.

Juristisch gegen Arbeitsplätze

Während man die Hetze ortsansässiger Bessermenschen noch peinlich berührt hinzunehmen vermag, führt das Betragen der selbsternannten Umweltschützer von BUND zu weitaus heftigeren Gefühlsausbrüchen. Die angeblich unabhängige Vereinigung, die im Internet zur [Abwahl der nordrheinwestfälischen Landesregierung wirbt](#), versucht mit allen verfügbaren Mitteln, die fortgeschrittene Baustelle einzustampfen. BUND hat nun schon die dritte Klage gegen das Projekt eingereicht. Dieses Mal ist den Ökoaktivisten die beabsichtigte Stromtrasse ein Dorn im Auge, mit der das Kraftwerk ans Netz angeschlossen werden soll. »Die geplante Hochspannungsleitung soll in 200 Meter Entfernung zum Brutplatz eines Uhu-Paares vorbei

führen«, [empört sich BUND-Geschäftsführer Dirk Jansen](#). Tief betroffen und wohl auch ein Stück weit traurig erklärt er: »Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass die Kollision mit Freileitungen eine der Haupt-Todesursachen des Uhus ist.«

Erst im Dezember hatte der BUND Klage gegen die Bezirksregierung in Arnsberg eingereicht, weil diese dem Bauherren eine Genehmigung zur Wassereinleitung in die Lippe erteilte. Anfang 2009 war gegen den Kraftwerksbau vor dem OVG sogar bereits einmal verhandelt worden: BUND hatte sich damals über Teilgenehmigungen echauffiert. Allerdings gab es noch kein Urteil, weil der Europäische Gerichtshof einstweilen prüfen muss, ob Naturschutzverbände wie der BUND in ihren Klagerechten unzulässig eingeschränkt sind.

Sollte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland mit seinen abenteuerlichen Klagen scheitern, finden sich gewiss noch andere Gründe, die dem Projekt den Garaus machen können. Möglicherweise belastet das Kraftwerk ja die tektonischen Platten so weit, dass eine Mikroverschiebung zu Ungunsten namenloser Einzeller erfolgt.

Was gibt es schöneres als das „Paradies“?



Die elfjährige Palästinenserin Walla hat keinen sehnlicheren Wunsch als Schahida, also ~~Judenmörderin~~ Märtyrerin für Allah, zu werden: „Was gibt es schöneres als ins Paradies zu gehen?“ Auf die Frage hin, was den besser wäre, Frieden und Gleichberechtigung für die Palästinenser oder der „Märtyrertod“ wählt sie ohne zögern den Tod als Schahida – sterben für Allah und andere dabei ermorden ist in jedem Fall besser.

Walla glaubt nämlich „ihre Rechte“ dann im Paradies zu bekommen (72 Jungfrauen werden's ja nicht sein). Genau so sieht das die elfjährige Yussra: „Wir wollen diese Welt nicht, wir wollen das Leben nach dem Tod.“ Diese Einstellung gelte für alle jungen Palästinenser ab spätestens zwölf Jahren, es sei ihr „Lebenskonzept“. Sie seien alle ganz „heiß drauf“ ein ~~Selbstmordattentat zu begehen~~ „Märtyrer“ zu werden und jeder bete zu Allah, er möge ihm diesen Wunsch gewähren.

Walla und Yussra im Interview:

Bewährung nach Messerangriff auf Schwestern

Der junge Mann, der seine Schwestern mit einem Küchenmesser

attackierte und die eine lebensgefährlich verletzte ([PI berichtete](#)), weil sie sich nicht in der elterlichen Wohnung einsperren lassen wollten, ist zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Schließlich konnte man nicht ausschließen, dass er im Affekt gehandelt hatte. Und natürlich lag keine Tötungsabsicht vor.

Die Abendzeitung [schreibt](#):

Auch das Gericht konnte keinen Ansatzpunkt für eine Tötungsabsicht erkennen. „Man kann nicht ausschließen, dass es im Affekt geschah“, sagte die Vorsitzende Richterin. Hintergrund der Tat sei die auch in finanzieller Hinsicht prekäre Situation der Familie gewesen. Der Angeklagte hatte die Tat zum Prozessauftakt gestanden, aber stets bestritten, dass er seine Schwester töten wollte.

Die ältere Schwester konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden. Als Motiv für seine Tat gab der Angeklagte an, dass die beiden Schwestern im Juli 2009 heftig mit der Mutter gestritten hätten.

Aha! Es lag also eine gehörige Portion Mitschuld der Schwestern vor. Na dann geht das Urteil schon in Ordnung.

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)